

Zusammenfassung und Ausblick

Prof. Dr. Alexa Färber, HafenCity Universität Hamburg, 4.9.2014

Zurück in die Zukunft!

Die Statements der sieben LübeckerInnen zur Zukunft der Stadt haben eine Reihe Schwerpunktsetzungen für die nun folgende Debatte nahe gelegt. Drei davon möchte ich aufgreifen.

1. Identifikation (mit) der Stadt

Die Identifikation mit der Stadt, in der man wohnt, ist für die Gestaltung ihrer Zukunft sicherlich von großem Wert: Identifikation kann dann zu formalisierten und informellen Formen von Engagement führen. Voraussetzung dafür ist, dass die Stadt als Ganzes auch greifbar ist. Das Stadtparlament ist ein solcher Ort, der für sich in Anspruch nimmt, die Stadt als Ganzes zu repräsentieren; andere Foren schöpfen ihre Legitimation eher aus Quartieren, Nachbarschaften, oder Freundeskreisen. Der eigene Aktionsradius wird dann symbolisch schnell zum Ganzen und kann auch in Konflikt mit anderen Teilinteressen geraten. Das Thema, wie die Stadt als Ganzes identifiziert werden kann, ist deshalb auch eine kontroverse, die es lohnt zu diskutieren, um die vielen unterschiedlichen Auffassungen kennen zu lernen. Vielleicht wird sich ein dominanter Bezugspunkt dieser Teilinteressen – und Interpretationen herauschälen. In diesem Zusammenhang ist es dann auch wichtig zu fragen, für wen ist es interessant mit der Stadt Lübeck identifiziert zu werden? Trägt es zum eigenen Ruf bei, als junges Singer-Songwriter-Duo mit Lübeck identifiziert zu werden? Oder wäre es besser, für die eigene Zukunft, mit Hamburg oder Berlin identifiziert zu werden? Ein Ziel in der Zukunft Lübecks könnte es sein, genau dafür Gründe zu schaffen, dass es „cool“ ist, aus Lübeck zu kommen – und nicht unbedingt immer noch dort zu leben.

2. Kultur der urbanen Gemeinwohlarbeit

Die Initiative zum Stadtdiskurs ist nicht zufällig von der Gemeinnützigen ausgegangen. Die Identifikation mit der Stadt Lübeck resultiert recht offensichtlich aus einer vielfältigen und teils lange tradierten Praxis bürgerschaftlichen Engagements und Stiftungswesens. Dass dies über die Stadt hinaus bekannt ist, hebt Lübeck von vielen anderen Städten.

Mit einer solchen privaten Gemeinwohlarbeit wird die Stadtpolitik von vielen Verantwortungsbereichen entlastet, die andernorts in der Hand der Politik und damit der gewählten RepräsentantInnen liegen. Diese Privatisierung des Gemeinwohls ist ein durchaus kritikwürdiger Effekt dieser hanseatischen (?) Tradition.

Im Zusammenhang der neoliberalen Stadtentwicklung wird eben jene Abgabe stadtpolitischer „Souveränität“ an private oder privat-öffentliche AkteurInnen bzw. die Durchwirkung stadtpolitischer Bereiche von privatwirtschaftlichen Interessen eingehend kritisiert. Die Stadtgesellschaft Lübecks wäre prädestiniert dafür, diese Ambivalenz zwischen privaten bürgerlichen, privatwirtschaftlichen und politischen Interessen unter dem Motto „urban commons“ zu reflektieren; sich in diese Diskussion einzubringen, gerade vor dem Hintergrund der historischen Wurzeln dieser Praktiken.

3. Recht auf Stadt = Recht auf Uni?

Es ist kein Zufall, dass das Thema Universität in der jüngst als „Wissenschaftsstadt“ gekürten Stadt Lübeck in vielen Statements aufgegriffen wurde. Dies ist auch deshalb kein Zufall, weil vor fünf Jahren, vielleicht für alle überraschend, die drohende

Schließung der Universität zu einem umfassenden Kampf um die Universität geführt hat. Ist das geforderte „Recht auf Uni“ mit dem „Recht auf Stadt“ zu verknüpfen? Die Protestbewegungen, die andernorts unter dem Motto „Recht auf Stadt“ Brücken zwischen unterschiedlichen Milieus und deren Interessen zu schlagen suchen, kritisieren dabei die Aneignung des öffentlichen Raums von privatwirtschaftlichen AkteurInnen. Mit der Forderung nach einem „Recht auf Uni“ – und damit kann eine Volluniversität, eine Erweiterung um einzelne Fakultäten oder spezialisierte Institute gemeint sein – kann sich in Lübeck auch die Aufmerksamkeit auf Raumaneignungen verbinden: Die Campusuni am Rand der Stadt scheint nicht ideal zu sein, um auch zur Identifikation mit der Stadt beizutragen. Welche Orte könnten der Universität eine größere Sichtbarkeit und ein urbaneres Umfeld verschaffen? Ist das überhaupt notwendig – auch ohne zentrale Lage hat sie ja bereits zum Protest versammelt. Die Universität als Kern für eine Zukunftsstrategie zu verstehen, ist auch deshalb wichtig, weil sie in dem Sinne Urbanität hervorbringt, als sie Menschen zum Kommen und Gehen veranlasst; und zum Zurückkommen. Dafür Infrastrukturen, Gelegenheiten und Orte für alle Kommenden, Gehenden, Zurückkommenden zu schaffen, den Wunsch nach „Belonging“ vollständig ernst zu nehmen, nämlich als Wunsch Dazuzugehören und es vielleicht nur teils sehnsuchtsvoll zu tun, kann zu einer urbanen Zukunft Lübecks beitragen.